

## **Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2017 des Amtes für Tiefbau und Grünflächen – Optimierter Regiebetrieb der Stadt Eisenach –**

### **I. Allgemeines**

Das Amt für Tiefbau und Grünflächen ist ein optimierter Regiebetrieb der Stadt Eisenach und wird nach kaufmännischen Grundsätzen i. S. d. der Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV) geführt.

Durch die doppelte kaufmännische Buchführung, den eigenständigen Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss und die Kostenrechnung kann der Regiebetrieb betriebswirtschaftlich effizient arbeiten. Die kaufmännische Buchführung wird der wirtschaftlichen Zielsetzung vor allem dadurch gerecht, dass die während eines Rechnungsjahres erzielten Überschüsse oder Fehlbeträge mit ihren Auswirkungen auf Vermögen, Schulden, Liquidität und Rentabilität des eingesetzten Kapitals betriebszweigbezogen dargestellt werden. Außerdem ermöglicht die kaufmännische Buchführung die ordnungsgemäße Erfassung und Abbildung der für das neue Umsatzsteuerrecht erforderlichen Angaben.

Hauptaufgabe des optimierten Regiebetriebs ist insbesondere die Erbringung folgender Leistungen für die Stadt Eisenach:

- Tiefbau
- Betrieb der städtischen Friedhöfe
- Bewirtschaftung der Grünflächen
- Sportstättenbewirtschaftung
- Betrieb der Stadtbeleuchtung
- Parkraumbewirtschaftung (Parkhäuser, Parkplätze, Straßenrandparken)
- Straßenunterhaltung, Beschilderung
- Straßenreinigung, Winterdienst, Verkehrsleiteinrichtungen
- Gebäudemanagement einschließlich Hochbau

Zusätzlich wurde im Jahr 2016 der Betrieb einer Gemeinschaftsunterkunft für die in der Stadt Eisenach unterzubringenden Flüchtlinge auf den Regiebetrieb übertragen.

Der Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2017 ergänzt den aufgestellten Jahresabschluss des Amtes für Tiefbau und Grünflächen und wurde auf der Grundlage des § 24 ThürEBV sowie § 289 HGB erstellt.

Trotz weiterhin angespannter Haushalts- und Finanzlage der Stadt Eisenach konnte auch im Jahr 2017 ein genehmigungsfähiger Haushalt aufgestellt werden. Die Haushaltssatzung wurde am 31. Januar 2017 durch den Stadtrat beschlossen, am 20. Juli 2017 öffentlich bekannt gemacht und trat damit rückwirkend zum 01. Januar 2017 in Kraft. Der Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebs ist Bestandteil des Haushaltsplanes der Stadt Eisenach.

## Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage des optimierten Regiebetriebes

### 1. Ertragslage

Im Wirtschaftsjahr 2017 hat das Amt für Tiefbau und Grünflächen einen Jahresverlust von 458 T€ erwirtschaftet.

Positionen	2017		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	15.716	97,0	15.238	93,1	478	3,1
Andere aktivierte Eigenleistungen	6	0,0	0	0,0	6	-
Übrige betriebliche Erträge	485	3,0	1.125	6,9	-640	-56,9
<b>Betriebsleistung</b>	<b>16.207</b>	<b>100,0</b>	<b>16.363</b>	<b>100,0</b>	<b>-156</b>	<b>-1,0</b>
Materialaufwand	10.496	64,8	10.201	62,3	295	2,9
Personalaufwand	5.463	33,7	5.152	31,5	311	6,0
Abschreibungen	357	2,2	341	2,1	16	4,7
Übrige betriebliche Aufwendungen	435	2,7	561	3,4	-126	-22,5
Sonstige Steuern	18	0,1	18	0,1	0	0
<b>Betriebsaufwendungen</b>	<b>16.769</b>	<b>103,5</b>	<b>16.273</b>	<b>99,4</b>	<b>496</b>	<b>3,0</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-562</b>	<b>-3,5</b>	<b>90</b>	<b>0,6</b>	<b>-652</b>	<b>-724,4</b>
Finanzergebnis	42	0,2	29	0,2	13	-44,8
<b>Geschäftsergebnis</b>	<b>-520</b>	<b>-3,3</b>	<b>119</b>	<b>0,8</b>	<b>-639</b>	<b>537,0</b>
Sondereinflüsse	62	0,4	-79	-0,5	141	-178,5
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-458</b>	<b>-2,9</b>	<b>40</b>	<b>0,3</b>	<b>-498</b>	<b>1.245,0</b>

Bei einer Betriebsleistung von 16.207 T€ und Aufwendungen von 16.769 T€ ergibt sich ein negatives Betriebsergebnis von 562 T€. Nach Berücksichtigung des positiven Finanzergebnisses von 42 T€ und des positiven Ergebnisses aus Sondereinflüssen von 62 T€ schließt das Wirtschaftsjahr 2017 mit einem Verlust in Höhe von 458 T€ ab.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, wie sich das Betriebsergebnis aus den Ergebnissen der einzelnen Sparten des Unternehmens zusammensetzt.

Betriebszweig	Wirtschaftsplan 2017 T€	Ist 2017 T€	Veränderung (Ist./ Plan) T€
Tiefbau	-52	-70	-18
Friedhof	-114	-78	37
Grünflächen	-175	28	203
Bauhof	-218	-235	-17
Außendienste	-64	120	183
Parken	443	518	75
Gebäudemanagement	-623	-735	-113
Fuhrparkmanagement	100	43	-57
Flüchlingsunterbringung	0	-103	-103
Finanzanlagen	56	55	-1
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-647</b>	<b>-458</b>	<b>189</b>

Erläuterungen zu den Planabweichungen der einzelnen Betriebszweige werden unter dem Punkt 3. - Weitere Angaben zur wirtschaftlichen Lage des optimierten Regiebetriebes - gegeben.

Auf das Betriebsergebnis haben sowohl positive als auch negative Sondereinflüsse eingewirkt.

Die Sondereinflüsse setzen sich wie folgt zusammen:

Positionen	2017 T€	Vorjahr T€
Erträge aus Auflösung von Wertberichtigungen	29	22
Mieteinnahmen Krematorien	24	24
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	6	6
Erträge aus Anlageabgängen	22	19
Periodenfremde Erträge	182	44
<b>Summe Erträge aus Sondereinflüssen</b>	<b>263</b>	<b>115</b>
Zuführung zu Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	0	0
Zuführung zu Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsverluste	132	66
Periodenfremde Aufwendungen	69	128
<b>Summe Aufwendungen aus Sondereinflüssen</b>	<b>201</b>	<b>194</b>
<b>Sondereinflüsse insgesamt</b>	<b>62</b>	<b>-79</b>

Wie aus der voranstehenden Aufstellung ersichtlich, wirken insgesamt 62 T€ aus Sondereinflüssen positiv auf das Betriebsergebnis. Wesentliche Positionen auf der Ertragsseite bilden die periodenfremden Erträge i. H. v. 182 T€ - hier sind vor allem Guthaben aus Betriebskostenabrechnungen für angemietete Objekte sowie die ertragswirksame Auflösung des Verwahrkontos für das Objekt Denkmalsplatz 1 (116,4 T€) enthalten.



Wesentliche Positionen auf der Aufwandsseite stellen zum Einen die Zuführungen zur Wertberichtigung von Forderungen und Forderungsverluste i. H. v. 132 T€ dar. Hier wurden bspw. alle offenen Rechnungen zum Sommergewinn bis einschließlich 2017 zu 100 % wertberichtigt, da hier nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht mit einem weiteren Zahlungseingang zu rechnen ist. Offene Forderungen gegen das Sozialamt der Stadt Eisenach aus den Jahren 2015 und 2016, die sich aus der Weiterberechnung der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung ergeben, wurden zu 50 % wertberichtigt, da die entsprechenden Zahlungseingänge nicht sichergestellt sind. Weiterhin haben sich periodenfremde Aufwendungen i. H. v. 69 T€ ergeben, die im Wesentlichen Nachzahlungen aus Betriebskostenabrechnungen der Vorjahre betreffen.

### 1.1. Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr

Die Umsatzerlöse nach Betriebszweigen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Betriebszweig	2017	Vorjahr	Veränderung
	T€	T€	T€
Tiefbau	2.296	2.062	234
Friedhof	804	787	17
Grünflächen	1.311	1.259	52
Bauhof	1.875	1.917	-42
Außendienste	735	772	-37
Parken	1.596	1.541	55
Gebäudemanagement	7.010	6.810	200
Furparkmanagement	89	90	-1
Betriebsleitung	1	1	0
<b>Insgesamt</b>	<b>15.716</b>	<b>15.238</b>	<b>478</b>

Von den höheren Umsatzerlösen (+478 T€) entfielen allein 361,5 T€ auf die Budgeterhöhung aus dem städtischen Haushalt.

### 1.2. Personalaufwand

Der Personalaufwand im Wirtschaftsjahr 2017 setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	Vorjahr	Veränderung
	T€	T€	T€
Löhne und Gehälter	4.368	4.138	230
soziale Abgaben	1.095	1.014	81
<b>Insgesamt</b>	<b>5.463</b>	<b>5.152</b>	<b>311</b>

Die sozialen Abgaben gliedern sich dabei wie folgt auf:

	2017	Vorjahr	Veränderung
	T€	T€	T€
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	920	869	51
Rückstellung SV	5	7	-2
Beiträge zur Zusatzversorgungskasse Thüringen (ZVK)	138	129	9
Berufsgenossenschaftsbeiträge	14	9	5
Beihilfeversicherung Beamte	19	0	19
<b>Insgesamt</b>	<b>1.095</b>	<b>1.014</b>	<b>81</b>

Der Personalaufwand ist bei leicht steigender Mitarbeiterzahl ggü. dem Vorjahr (+ 1,5 MA) um 311 T€ auf 5.463 T€ gestiegen. Dabei sind vor allem die Lohn- und Gehaltsaufwendungen um 230 T€ auf 4.368 T€

gestiegen. Neben der leicht höheren Mitarbeiterzahl resultiert dieser Anstieg insbesondere aus Tarifsteigerungen, Neueingruppierungen sowie aus der Rückkehr langzeiterkrankter Mitarbeiter in den Dienst.

Gegenüber dem Ansatz im Wirtschaftsplan 2017 (Ansatz 5.798 T€) sind die Personalausgaben dagegen deutlich um rd. 335 T€ (5,8 %) zurückgeblieben. Dies ist insbesondere auf die Nichtbesetzung der Stelle Abteilungsleiter Infrastrukturmanagement / Sachgebietsleiter Friedhof, weitere nichtbesetzte Stellen – vor allem in den Sachgebieten Grünflächen und Bauhof – sowie auf Langzeiterkrankungen von weiteren Mitarbeitern zurückzuführen.

Entwicklung des durchschnittlichen Personalbestandes:

<b>Personal</b>	<b>2017</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung</b>
Beschäftigte	111,0	108,5	2,5
Beamte	3,8	3,0	0,8
Altersteilzeit	1,0	2,5	-1,5
<b>Summe Arbeitnehmer</b>	<b>115,8</b>	<b>114,0</b>	<b>1,8</b>
Auszubildende	0,0	0,3	-0,3
<b>Insgesamt</b>	<b>115,8</b>	<b>114,3</b>	<b>1,5</b>

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,5 (+1,3 %) erhöht. Der Anstieg resultiert vor allem aus der Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten (+ 2,5 Stellen) und der Beamten (+ 0,8 Stellen). Bei den Beschäftigten erfolgten zwei Neueinstellungen im Bereich Projektmanagement bzw. Hochbau, zudem wurde im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung der zentralen Beschaffung auf den optimierten Regiebetrieb zum 01.04.2017 ein Beschäftigter aus der Kernverwaltung übertragen. Ebenfalls zum 01.04.2017 wurde die Aufgabe der Umzugs- und Raumplanung und der dafür zuständige Mitarbeiter auf das Amt für Tiefbau und Grünflächen übertragen, was zum o. g. Stellenaufwuchs bei den Beamten geführt hat. Dementgegen hat sich die Anzahl der Mitarbeiter in Altersteilzeit infolge Renteneintritts um 1,5 reduziert. Auszubildende waren im Jahr 2017 nicht mehr beschäftigt (- 0,3 ggü. 2016).

Trotz des – erstmals seit vielen Jahren – leicht steigenden Personalbestandes ist die Personalausstattung des optimierten Regiebetriebes nach wie vor unzureichend. Vor allem die (inzwischen mehr als zwei Jahre währende) Nichtbesetzung der Stelle Abteilungsleiter Infrastrukturmanagement / Sachgebietsleiter Friedhof, für die trotz intensiver Bemühungen und bereits zweifacher Ausschreibung bisher kein geeigneter Kandidat gefunden werden konnte, sowie auch eine Vielzahl an Langzeiterkrankungen führen immer mehr zu Engpässen bei der Aufgabenerfüllung. Dies gilt sowohl für die durch Kommunalarbeiter zu erledigenden Aufgaben als auch für den ingenieurtechnischen Bereich bei der Planung, Betreuung und Überwachung von Investitionen. Aufgaben über Auftragsvergaben realisieren zu lassen, führt nicht in jedem Fall zum Erfolg, da inzwischen auch in der freien Wirtschaft nicht für alle Gewerke genügend Kapazitäten zur Verfügung stehen.

**1.3. Wichtige Kennzahlen zur Ertragslage**

*a) Materialaufwandsintensität = Anteil der Materialaufwendungen an der Gesamtleistung*

Der Anteil der Materialaufwendungen an der Gesamtleistung beläuft sich auf 64,8 % und ist damit ggü. dem Vorjahr (62,3 %) deutlich gestiegen. Dies liegt zum Einen am Anstieg der Materialaufwendungen (+ 295 T€), aber auch an der Verringerung der Gesamtleistung um 156 T€.

Es zeigt sich deutlich, dass der Betriebserfolg maßgeblich von der Entwicklung der Materialaufwendungen abhängt. Der deutliche Anstieg ggü. dem Vorjahr resultiert vor allem aus deutlich höheren Unterhaltungsaufwendungen (+ 441 T€) sowie aus dem Anstieg der Aufwendungen für Baum- (+ 60 T€) und Grünpflege (+ 98 T€) sowie im Bereich Winterdienst (+ 54 T€). Auf die entsprechenden Ausführungen unter 3. wird an dieser Stelle ebenfalls verwiesen.

*b) Personalaufwandsintensität = Anteil der Personalaufwendungen an der Gesamtleistung*

Der Anteil der Personalaufwendungen an der Gesamtleistung beträgt 33,7 % und hat sich damit ggü. dem Vorjahr (31,5 %) ebenfalls deutlich erhöht. Dies liegt im Wesentlichen an den gestiegenen Personalaufwendungen (siehe Erläuterungen zu 1.2).



## 2. Angaben zur Vermögens- und Finanzlage

### 2.1. Vermögenslage

Innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten werden dabei als kurzfristig behandelt, alle anderen — soweit nicht besonders vermerkt — als mittel- und langfristig.

	31.12.2017		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>VERMÖGEN</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	5.347	55,5	5.497	55,9	-150	-2,7
Finanzanlagen	1.011	10,5	1.011	10,3	0	0,0
	6.358	66,0	6.508	66,2	-150	-2,3
<b>Bereinigtes Anlagevermögen</b>	6.358	66,0	6.508	66,2	-150	-2,3
Vorräte	85	0,9	86	0,9	-1	-1,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	192	2,0	707	7,2	-515	-72,8
Forderungen an die Stadt Eisenach	2.947	30,6	2.282	23,2	665	29,1
Sonstige kurzfristige Posten	47	0,5	237	2,4	-190	-80,2
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5	0,1	6	0,1	-1	-16,7
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	3.276	34,1	3.318	33,8	-42	-1,3
<b>Vermögen insgesamt</b>	9.634	100,0	9.826	100,0	-192	-2,0
<b>KAPITAL</b>						
Rücklagen	7.069	73,4	7.069	71,9	0	0,0
Verlust	-3.128	-32,5	-2.670	-27,2	-458	17,2
<b>Eigenkapital</b>	3.941	40,9	4.399	44,7	-458	-10,4
Bankdarlehen	832	8,6	906	9,2	-74	-8,2
Sonderposten Investitionszuschüsse	31	0,3	27	0,3	4	14,8
Rechnungsabgrenzung	2.412	25,0	2.232	22,8	180	8,1
<b>Mittel- und langfristiges Fremdkapital</b>	3.275	33,9	3.165	32,3	110	3,5
Sonstige Rückstellungen	550	5,8	597	6,1	-47	-7,9
Kurzfristige Bankdarlehen	87	0,9	95	1,0	-8	-8,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.278	13,3	764	7,8	514	67,3
Verbindlichkeiten Stadt Eisenach	358	3,7	110	1,1	248	225,5
Sonstige Verbindlichkeiten	145	1,5	696	7,0	-551	-79,2
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	2.418	25,2	2.262	23,0	156	6,9
<b>Kapital insgesamt</b>	9.634	100,0	9.826	100,0	-192	-2,0

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr von 9.826 T€ um 192 T€ auf 9.634 T€ gesunken.

- Auf der Aktivseite haben sich vor allem folgende Veränderungen ergeben: Das Sachanlagevermögen hat sich – infolge der getätigten Investitionen (207 T€) und abzüglich der Abschreibungen (357 T€) – um rd. 150 T€ auf 5.347 T€ verringert. Demgegenüber ist das Umlaufvermögen insgesamt um 42 T€ gesunken.
- Auf der Passivseite haben sich im Wesentlichen folgende Veränderungen ergeben: Das Eigenkapital hat sich infolge des Jahresverlustes um 458 T€ auf 3.941 T€ verringert. Damit ergibt sich zum 31.12.2017 eine Eigenkapitalquote (EKQ) von 40,9 % (Vj.: 44,7 %).

## Investitionen

Im Wirtschaftsjahr wurden Investitionen in einem Gesamtvolumen von 193 T€ (ohne geringwertige Wirtschaftsgüter) getätigt.

Position des Anlagevermögens	T€
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	27
Betriebs- und Geschäftsausstattung	166
Anlagen im Bau	0
Endbestand:	193

Die Investitionen in Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten betreffen im Wesentlichen die Herrichtung einer Urnengemeinschaftsanlage mit Namen (rd. 15 T€), die Einfriedung des Ortsteilfriedhofs in Göringen mit einem Schutzzaun (rd. 7 T€) sowie den Erwerb eines WC-Containers (rd. 4 T€).

## Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bei den Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung handelt es sich im Wesentlichen um notwendige Ersatzbeschaffungen im Fuhrpark sowie dringend erforderliche technische und sonstige Ausstattungen bzw. Ersatz für veraltete, sehr reparaturanfällige Technik in den übrigen Bereichen zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes.

Es zeigt sich deutlich, dass – v. a. bedingt durch die späte Bekanntmachung der städtischen Haushalte in den letzten Jahren, aber auch infolge der personellen Situation des Amtes – in den vergangenen Jahren nur vergleichsweise geringe Investitionen getätigt werden konnten, was zu einer Überalterung der mobilen Technik und Ausrüstung und folglich zu überhöhten Reparaturkosten und Ausfallzeiten geführt hat.

Finanziert wurden die Investitionen aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand.

## Stand der Anlagen im Bau und der geplanten Bauvorhaben

Zum Schluss des Geschäftsjahres befinden sich keine Anlagen im Bau.

## Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Das Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung	T€
Anfangsbestand	4.399
Jahresverlust	-458
<b>Endbestand</b>	<b>3.941</b>

Die sonstigen Rückstellungen stellen sich wie folgt dar:

Entwicklung	T€
Anfangsbestand	597
Zuführung	212
Auflösung	-6
Inanspruchnahme	-261
Verzinsung	8
<b>Endbestand</b>	<b>550</b>



## 2.2. Wichtige Kennzahlen zur Vermögenslage

a) *Anlagenquote = Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen*

Die Anlagenquote zum 31.12.2017 beträgt 66,0 % (Vj.: 66,2 %). Der Rückgang ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Summe der Investitionen geringer war als die Höhe der Abschreibungen und Abgänge. Vor allem aufgrund der eingangs beschriebenen allgemeinen Haushaltslage und aufgrund der Personalsituation konnte nicht in dem erforderlichen Maße investiert werden.

b) *Eigenkapitalquote = Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital*

Auf die Ausführungen unter 2.1 wird verwiesen.

c) *Fremdkapitalquote = Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital*

Der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital beträgt 59,1 % (Vj.: 55,3 %). Dabei beläuft sich der Anteil der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten auf ca. 58 %, der Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten auf 42 % des fremdfinanzierten Kapitals. Die Erhöhung der Fremdkapitalquote ist bei leicht gesunkener Bilanzsumme im Wesentlichen auf den (stichtagsbedingten) Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zurückzuführen.

## 2.3. Finanzlage

Zur Darstellung von Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Entwicklung der finanziellen Lage während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurde die nachstehende komprimierte Fassung der Kapitalflussrechnung nach DRS 2 herangezogen.

Positionen	2017 T€	Vorjahr T€
Jahresergebnis	-458	+40
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	+357	+341
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-47	-152
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	+4	+139
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-22	1
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+719	-928
<b>Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>709</b>	<b>-791</b>
Auszahlungen für Investitionen des Anlagevermögens (-)	-207	-436
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	+22	+19
<b>Mittelzufluss / -abfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-185</b>	<b>-417</b>
Tilgung von Darlehen	-82	-82
<b>Mittelzufluss / -abfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-82</b>	<b>-82</b>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	+442	-1.290
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.869	3.159
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>2.311</b>	<b>1.869</b>



Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Positionen	2017	Vorjahr	Veränderung
	T€	T€	T€
Forderungen gegen die Stadt Eisenach aus dem Kontenclearing	2.306	1.863	443
Kassenbestand	5	6	-1
<b>Insgesamt</b>	<b>2.311</b>	<b>1.869</b>	<b>442</b>

Die Liquidität war durch die vorhandenen flüssigen Mittel und die genehmigte Kreditlinie der Wartburg-Sparkasse von 1.000 T€ grundsätzlich gesichert, wobei die Inanspruchnahme der Kreditlinie nicht erfolgte.

Die vorhandenen Guthaben wurden wie in den Vorjahren im Rahmen eines automatischen Cash-Management-Systems der Stadtverwaltung Eisenach zur Verfügung gestellt. Die Verzinsung erfolgt grundsätzlich auf der Basis des 1-Monats-Euribors. Da der 1-Monats-Euribor jedoch über den gesamten Berichtszeitraum negativ war, ist eine Verzinsung tatsächlich nicht erfolgt.

### **3. Weitere Angaben zur wirtschaftlichen Lage des optimierten Regiebetriebes**

Der optimierte Regiebetrieb wird in der Hauptsache durch Budgetzahlungen der Stadt Eisenach finanziert. In den Planungen wurde von einer Aufstockung des Budgets gegenüber dem Ist 2016 um 361,5 T€ auf 12.540,2 T€ ausgegangen, das auch in dieser Höhe tatsächlich ausgezahlt wurde.

Generell ist das Budget zu gering bemessen. Damit sind planungsseitig bei gleichem oder erweitertem Aufgabenumfang wie in den Vorjahren deutliche Verluste in den meisten Sparten vorprogrammiert.

Eigene Einnahmen werden im Wesentlichen im Rahmen der Friedhofsbetreibung, der Parkraumbewirtschaftung durch Erhebung von Gebühren und Entgelten, aus dem Betrieb zweier Parkhäuser sowie aus Vermietung und Verpachtung erzielt.

Das Jahr 2017 war – neben dem gewöhnlichen Aufgabenumfang – im Besonderen durch die Feierlichkeiten anlässlich des 500jährigen Reformationsjubiläums sowie durch die Ausrichtung des 117. Deutschen Wandertages geprägt. Die beiden Festveranstaltungen haben der Stadt Eisenach im Jahr 2017 eine besondere touristische Bedeutung zukommen lassen, was sich auch an einer Steigerung der Besucherzahlen fest machen lässt.

Im Rahmen der beiden Festveranstaltungen war natürlich auch das Amt für Tiefbau und Grünflächen mit seinen verschiedenen Sachgebieten, v. a. im Bereich Grünflächen und Bauhof, in besonderem Maße eingebunden. Die erbrachten Leistungen reichten dabei weit über den gewöhnlichen Aufgaben- und Arbeitsumfang hinaus, was sich auch unmittelbar auf die Kostenentwicklung dieser Sparten ausgewirkt hat.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2017 die Herrichtung der Gemeinschaftsunterkunft zur Flüchtlingsunterbringung in der Ernst-Thälmann-Straße 68 fortgeführt und fertiggestellt. Die Inbetriebnahme der Gemeinschaftsunterkunft, die von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) für diesen Zweck angemietet wurde, erfolgte Ende April 2017.

Aus der im Herbst 2015 auf das Amt für Tiefbau und Grünflächen übertragenen Aufgabe der Errichtung von Unterkünften zur Flüchtlingsunterbringung stehen noch immer Forderungen gegen die Stadt Eisenach aus den Jahren 2015 und 2016 mit einer Gesamtsumme von rd. 202,7 T€ aus. Diesbezüglich konnte auch bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses keine endgültige Einigung zwischen dem städtischen Sozialamt und dem optimierten Regiebetrieb erzielt werden. Da der Zahlungseingang zum gegenwärtigen Zeitpunkt zumindest in Zweifel gezogen werden muss, wurden die Forderungen im Rahmen des Jahresabschlusses zu 50 % wertberichtigt. Aus dem Jahr 2017 bestehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses weiterhin noch offene Forderungen in Höhe von rd. 78 T€, die in voller Höhe als Forderungen gegen die Stadt Eisenach bilanziert sind.

Eine endgültige Einigung über den Umgang mit den bestehenden Forderungen wird erst nach Vorliegen der entsprechenden Bescheide vom Land Thüringen (Investitionspauschale) bzw. der BIMA erfolgen können. Diese stehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer aus. Seitens der BIMA gibt es inzwischen eine Zusage, dass insgesamt rd. 1,29 Mio. € der gesamten Investitionskosten von rd. 1,4 Mio. € erstattungsfähig sind. Allerdings gibt es noch keine Aussage, zu welchem Zeitpunkt die Erstattung erfolgen wird.



Weiterhin wurde im Geschäftsjahr 2017 darüber entschieden, mit dem Gebäude Karlsplatz 1, dessen Eigentümer die Wartburg-Sparkasse ist, ein weiteres Verwaltungsgebäude für etwa 30 Mitarbeiter der Stadtverwaltung anzumieten. Die Anmietung wurde notwendig, da in den vorhandenen Verwaltungsgebäuden keine Kapazitäten für weitere Arbeitsplätze mehr vorhanden waren.

Um das Gebäude auch als Verwaltungsgebäude entsprechend der arbeits- und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften nutzen zu können, waren umfangreiche Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Die dadurch entstandenen Kosten (rd. 38 T€) – wie auch die ab 01.06.2017 anfallende Miete (monatlich 5.750,00 €) – waren im Wirtschaftsplan 2017 nicht eingeplant und mussten daher durch den Regiebetrieb ohne entsprechende zusätzliche Budgetzuweisungen aus dem städtischen Haushalt übernommen werden, was zu einer weiteren Ergebnisverschlechterung geführt hat.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2017 der Umzug des Lehrlingswohnheims in der Schillerstraße in die Stregdaer Allee 4 vollzogen. Dies war erforderlich, da der Vermieter den Mietvertrag für das bisherige Lehrlingswohnheim zum 31.08.2017 gekündigt hat. Die Räumlichkeiten in der Stregdaer Allee 4 wurden daraufhin von der SWG grundhaft saniert und werden seit September 2017 zur Nutzung als Jugendwohnheim an die Stadt vermietet. In diesem Zusammenhang erfolgte mit dem Stadtratsbeschluss vom 16.05.2017 auch eine Anpassung der Mietpreise, da mit dem Umzug infolge der Sanierung auch eine deutliche Verbesserung der Unterkunftsbedingungen eingetreten ist.

### **3.1. Tiefbau**

Innerhalb des Regiebetriebes ist die Abteilung für die Unterhaltung der Straßen, Brücken, Wege, Stützmauern und Gewässer 2. Ordnung verantwortlich. Kostenseitig wird der Bereich hauptsächlich durch die großen Positionen Unterhaltungskosten (1.028 T€; Plan: 936 T€) und Oberflächenentwässerung (638 T€; Plan: 640 T€) sowie Personalkosten (479 T€; Plan: 510 T€) geprägt. Die gegenüber dem Planansatz um rd. 92 T€ höheren Unterhaltungskosten leiten sich vor allem daraus ab, dass eine Reihe der in 2016 vergebenen Aufträge nicht mehr in 2016, sondern erst im 1. Halbjahr 2017 ausgeführt werden konnte. Durch diesen Umstand ergab sich im Jahr 2016 eine Ergebnisverbesserung, gleichzeitig wirkt sich dies aber negativ auf das Berichtsjahr aus.

Die Finanzierung der Sparte Tiefbau erfolgt fast ausschließlich über das Budget, im Berichtsjahr in Höhe von 2.291 T€ (Plan 2.291 T€). Für die zu bewältigenden Aufgaben ist das Budget zu gering bemessen, so dass diese Sparte von vorn herein mit einem Verlust von 52 T€ geplant wurde.

Tatsächlich schließt die Sparte jedoch mit einem Fehlbetrag in Höhe von 70 T€. Ursächlich für die Verschlechterung ggü. dem Plan ist v. a. die oben bereits beschriebene Planüberschreitung im Bereich der Unterhaltungsaufwendungen (+ 92 T€). Dieser Anstieg konnte nicht in vollem Maße durch Einsparungen an anderer Stelle (hier v. a. Materialverbrauch –14 T€; ingenieurtechnische und fremde Leistungen –31 T€; Personalaufwand –31 T€) kompensiert werden, so dass der Fehlbetrag rd. 18 T€ höher ausfällt als geplant.

### **3.2. Friedhof**

Auf Empfehlung der Aufsichtsbehörde wurde im Rahmen der in 2016 vorgenommenen Neukalkulation der Friedhofsgebühren wegen der Verzögerungen durch einen hohen Diskussionsbedarf der Kalkulationszeitraum angepasst und machte bei Beibehaltung der alten Gebührensätze eine Neuberechnung ab 01.01.2017 notwendig.

Nach der Klärung aufgetretener Rechtsfragen im Zusammenhang mit der geplanten Einführung neuer Grabstätten und dem Abschluss des Satzungsgebungsverfahrens trat die aktualisierte Gebührensatzung erst zum 22.10.2017 in Kraft.

Für das Wirtschaftsjahr konnten dennoch Mehrerträge aus Gebühren, aber auch durch innerbetriebliche Leistungen von insgesamt 16,5 T€ erzielt werden.

Dem Trend entsprechend stieg die Zahl der neu abgegebenen Grabstätten in Urnengemeinschaftsanlagen weiter, so dass die Anzahl der Zubettungen in Wahlgräbern mit Verlängerungsgebühren sank und folglich bei der Grabnutzung höhere Erlöse generiert werden konnten.



Insgesamt waren in 2017 im Vorjahresvergleich weniger Bestattungsfälle zu verzeichnen:

<b>Bestattungen</b>	<b>2017 Stück</b>	<b>2016 Stück</b>	<b>Veränderung Stück</b>
Erdbestattungen	30	29	1
Urnenbeisetzungen	543	562	-19
<b>Insgesamt</b>	<b>573</b>	<b>591</b>	<b>-18</b>

Mehreinnahmen wurden auch für die Beisetzungen und die Nutzung der Leichenhalle erzielt, da die bis zum Inkrafttreten der neuen Gebühren hierfür geltenden Gebührensätze höher waren. Inwieweit für die einzelnen Tatbestände Kostendeckung erreicht oder sogar eine Überdeckung vorliegt, kann erst nach Abschluss einer Nachkalkulation festgestellt werden.

Für die Herstellung von 2 Urnengemeinschaftsanlagen mit Stelen in Eigenleistung der Friedhofsmitarbeiter waren aktivierte Eigenleistungen von 5,8 T€ zu verbuchen.

Der ausgewiesene Mehraufwand für bezogene Leistungen (+26,1 T€) entstand im Wesentlichen für die Auftragsenerweiterung zum Heckenschnitt, bedingt durch die Personalsituation, durch ungeplante Baumpflegearbeiten und den weiter gestiegenen Entsorgungsaufwand.

Im gärtnerischen Bereich sind krankheitsbedingte Personalkosteneinsparungen in Höhe von 32,0 T€ zu verzeichnen.

Zur Kompensation der nach wie vor ganzjährig unbesetzten Stelle des Sachgebietsleiters wurde der Friedhofsverwaltung eine zusätzliche Sachbearbeiterin zugewiesen. Damit saldiert sich die Einsparung im Verwaltungsbereich auf 15,9 T€.

Im Ergebnis weist die Sparte Friedhof gegenüber dem Planverlust von 114,3 T€ einen Fehlbetrag von 77,7 T€ auf.

### **3.3. Grünflächen**

Dieses Sachgebiet ist für die Pflege der städtischen Grünanlagen, die Baumpflege und die Unterhaltung der Spielplätze zuständig.

Während planungsseitig von einem Verlust von 175 T€ ausgegangen wurde, schließt das Sachgebiet mit einem Überschuss von etwa 28 T€. Ergebnisverbessernd wirkten sich dabei insbesondere folgende Sachverhalte aus:

Die Personalausgaben sind ggü. dem Plan um rd. 140 T€ zurückgeblieben. Dies liegt zum Einen in der Nichtbesetzung der Stelle des Abteilungsleiters sowie in Langzeiterkrankungen von Mitarbeitern begründet, zum Anderen aber vor allem auch in der Nichtbesetzung von zwei weiteren Stellen (Gartenarbeiter), die für die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung zwingend notwendig sind. Weitere Einsparungen (rd. 30 T€) haben sich auch bei der Grünpflege durch externe Unternehmen ergeben, da aufgrund der Personalsituation nicht alle Maßnahmen wie geplant beauftragt werden konnten. Weiterhin waren auch die innerbetrieblichen Kosten um rd. 45 T€ niedriger als ursprünglich geplant.

Auf der Ertragsseite sind vor allem die Erträge aus Sondernutzungen ggü. dem Plan um rd. 24 T€ gestiegen, was vor allem aus der zunehmenden Außenbestuhlung von Restaurants auf städtischen Grünflächen resultiert.

Ergebnisverschlechternd wirkten insbesondere Mehraufwendungen bei den Fremdleistungen (+ 30 T€). Dies betrifft v. a. die Papierkorbentleerung auf den städtischen Grünflächen. Diese Leistung wurde in 2016 noch selbst erbracht, aufgrund der angespannten Personalsituation wurde entschieden, die Leistung ab 2017 fremd zu vergeben. Die Mehraufwendungen gehen insofern mit geringeren Personalaufwendungen (s. o.) einher.

Weitere Kostensteigerungen haben sich – v. a. im Zusammenhang mit den Festveranstaltungen im Berichtsjahr – beim Materialverbrauch (+ 10 T€) sowie bei den Entsorgungskosten (+ 2,5 T€) ergeben.



### 3.4. Bauhof/Straßenbeleuchtung

Das Sachgebiet ist für die Unterhaltung der Straßen und Wege, die Straßenbeschilderung, die Reinigung der Straßeneinläufe und die Straßenbeleuchtung zuständig.

Die Bewirtschaftung der Straßenrandparkplätze ist nicht hier, sondern in die Sparte Parken integriert, um eine Gesamtaussage über die Ergebnisse der städtischen Parkraumbewirtschaftung treffen zu können.

Die Struktureinheit schließt das Berichtsjahr mit einem negativen Ergebnis von 235 T€ ab. Das bedeutet gegenüber dem Planansatz (- 218 T€) eine geringfügige Ergebnisverschlechterung um rd. 17 T€.

Das Spartenergebnis wird dabei vor allem durch geringere sonstige betriebliche Erträge (- 31 T€), einen erheblichen Anstieg der Aufwendungen für Grünpflege im Bereich Straßenunterhaltung (+ 76 T€; hier v. a. Aufwendungen für Lichtraumprofilsschnitt i. H. v. 52 T€) sowie durch die notwendige Wertberichtigung von bestehenden Forderungen (rd. 28 T€) beeinflusst. Hier wurden u. a. alle offenen Rechnungen vom Sommergewinn bis einschließlich 2017 zu 100 % wertberichtigt, da nach derzeitigem Stand nicht mit einem Zahlungseingang zu rechnen ist. Weiterhin sind die Aufwendungen für Verkehrs- und Leiteinrichtungen im Bereich Beschilderung ggü. dem Plan um rd. 17 T€ gestiegen. Hier war aufgrund gesetzlicher Anforderungen eine umfangreiche Neubeschilderung erforderlich, außerdem mussten auch im Rahmen des Reformationsjubiläums einige besondere, preisintensive Schilder aufgestellt werden. Die innerbetrieblichen Kosten sind ggü. dem Planansatz um rd. 50 T€ gestiegen – hier machen sich v. a. auch die Leistungen des Bauhofs im Rahmen der Festveranstaltungen bemerkbar.

Dementgegen wirkten sich vor allem die folgenden Entwicklungen ergebnisverbessernd aus: Die Personalaufwendungen sind ggü. dem Plan um rd. 80 T€ zurückgeblieben. Dies ist im Wesentlichen auf Langzeiterkrankungen von Mitarbeitern sowie zwei unbesetzte Kommunalarbeiter-Stellen zurückzuführen. Darüber hinaus liegen die Fremdleistungen um rd. 58 T€ unter dem Planansatz, was vor allem aus den Bereichen Beschilderung (- 50 T€; keine Fahrbahnmarkierungsarbeiten durch Externe) und Reinigung der Straßeneinläufe (- 13 T€) resultiert. Die Unterhaltungsaufwendungen sind ggü. dem Plan um rd. 36 T€ rückläufig. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die geplanten Unterhaltungsmaßnahmen auf dem Bauhof-Grundstück nicht in dem geplanten Umfang vorgenommen worden sind (- 22 T€).

### 3.5. Außendienste

Aus der nachstehenden Aufstellung sind die Aufgaben sowie die dafür geplanten (Plan) und tatsächlich angefallenen Aufwendungen (Ist) ersichtlich.

Aufgabe	Aufwendungen (T€)		
	Plan	Ist	Abweichung
Winterdienst	408	245	-163
Maschinelle Straßenreinigung	158	148	-10
Papierkorbentleerung	122	119	-3
Wartung/Instandhaltung der Verkehrsleiteinrichtungen	80	70	-10
Insgesamt	768	582	-186

Die Minderausgaben (186 T€) resultieren vorwiegend aus dem Winterdienst (163 T€), der maschinellen Straßenreinigung (10 T€) und der Wartung/Instandhaltung der Verkehrsleiteinrichtungen (10 T€). Die erheblich geringen Aufwendungen im Winterdienst resultieren aus dem verhältnismäßig milden Winter.

Damit verbesserte sich das Spartenergebnis von geplant -64 T€ um 183 T€ auf insgesamt +120 T€.

### 3.6. Parken

In der Sparte Parken wird die gesamte Parkraumbewirtschaftung des Regiebetriebes zusammengefasst. Dazu gehören zum Einen das Straßenrandparken (hoheitlicher Bereich) sowie die Bewirtschaftung der beiden gepachteten Parkhäuser sowie der als Parkplätze genutzten Freiflächen (gewerblicher Bereich).



Die nachfolgende Übersicht zeigt die geplanten und im Ist erreichten Ergebnisse der beiden Parkhäuser, der als Parkplatz genutzten Freiflächen und des Straßenrandparkens.

Objekt	Ergebnis (T€)		
	Plan	Ist	Abweichung
City-Parkhaus	-153	-151	2
Parkhaus Am Markt	-115	-121	-6
Freiflächen	26	57	30
Straßenrandparken	686	734	48
Insgesamt	444	518	75

Kumuliert über alle Objekte schließt die Parkraumbewirtschaftung mit einem positiven Ergebnis von 518 T€ ab. Die beiden Parkhäuser dezimieren jedoch den Ertrag beträchtlich, zeigen in den letzten Jahren aber zumindest eine leicht positive Entwicklung (Verluste Parkhäuser 2013: 327 T€; 2014: 296 T€; 2015: 285 T€; 2016: 284 T€; 2017: 272 T€).

### 3.7. Gebäudemanagement

Die Abteilung ist zuständig für die Unterhaltung und den Betrieb der städtischen Immobilien und Sporteinrichtungen, den Betrieb von zwei angemieteten Parkhäusern und die Bewirtschaftung der als Parkplätze genutzten Freiflächen.

In die nachfolgenden Betrachtungen fließen der Betrieb der Parkhäuser sowie die Bewirtschaftung der Parkplätze nicht mit ein, da diese in die Sparte Parken einbezogen wurden, um eine Gesamtaussage über die Ergebnisse der städtischen Parkraumbewirtschaftung treffen zu können.

Für die übertragenen Aufgaben wurden planungsseitig Aufwendungen von 7.435 T€ und Erträge von 7.037 T€ in Ansatz gebracht, so dass sich – nach Umlage der Abteilungs- und Betriebsleitungskosten – ein geplanter Verlust von 623 T€ ergibt. Im Ist wurde ein Verlust von 735 T€ erwirtschaftet, der somit rd. 112 T€ höher ist als geplant.

Eine maßgebliche Ursache für den hohen Spartenverlust ist der ggü. dem Plan erhebliche Anstieg der Unterhaltungsaufwendungen um rd. 248 T€ auf 828 T€. Dies betrifft vor allem die Bereiche Wohn- und Verwaltungsgebäude (+ 95 T€), Sportstätten (+ 81 T€) und Schulen (+ 74 T€). Im Bereich der Verwaltungsgebäude musste u. a. das neu angemietete Verwaltungsgebäude Karlsplatz 1 für die Nutzung hergerichtet werden. Hierfür entstanden Kosten i. H. v. 38 T€, die nicht im Plan enthalten waren. Darüber hinaus waren auch umfangreiche Instandhaltungsarbeiten in den Verwaltungsgebäuden Markt 1 (Rathaus, hier v. a. Steinmetzarbeiten), Markt 2 (hier v. a. diverse Reparaturen) und Markt 22 (hier v. a. Fußbodenerneuerung i. R. von Umzügen, Austausch von Lamellenvorhängen, etc.) notwendig. Die hierfür aufgelaufenen Kosten i. H. v. rd. 117 T€ waren nur zum Teil im Wirtschaftsplan enthalten und wirken sich somit negativ auf das Spartenergebnis aus.

Im Bereich der Schulen waren insbesondere die Regelschulen (+ 27 T€), die Gemeinschaftsschule (+ 26 T€) und die Förderschule (+ 28 T€) von höheren Instandhaltungsaufwendungen betroffen. Dabei werden hier im Wesentlichen nur die unbedingt notwendigen Reparaturmaßnahmen durchgeführt.

Im Bereich der Sportstätten sind vor allem in der Werner-Assmann-Halle (44 T€), der Werner-Seelenbinder-Turnhalle (36 T€), Petersberg-Sporthalle (55 T€) und am Sportplatz Katzenaue (20 T€) eine Vielzahl an zwingend notwendigen Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen durchgeführt worden, von denen nur ein Teil im Voraus planbar war. Letztlich liegen die Instandhaltungsaufwendungen in diesem Bereich rd. 81 T€ höher als geplant.

Es wird einmal mehr deutlich, dass durch fehlende oder nur geringfügige Investitionen (v. a. infolge der Haushaltslage der Stadt Eisenach) der Reparatur- und Instandhaltungsstau am Gebäudebestand in erheblichem Maße steigt. Dies spiegelt sich auch an der erheblichen Steigerung der Unterhaltungsaufwendungen ggü. dem Planansatz (+ 43 %) wieder.

Neben den gestiegenen Unterhaltungsaufwendungen war auch ein Anstieg der Mieten und Pachten im Bereich der Gebäudeunterhaltung um rd. 89 T€ zu verzeichnen. Dieser resultiert in erster Linie aus der Anmietung des Verwaltungsgebäudes Karlsplatz 1 ab 01.06.2017 (insgesamt rd. 40 T€), aus den höheren Mietaufwendungen für das neue Lehrlingswohnheim ab 01.09.2017 (rd. 12 T€) sowie aus nicht planbaren Mietpreiserhöhungen.

Bei den Stromkosten war ggü. dem Plan ein Anstieg um rd. 41 T€ zu verzeichnen. Dieser resultiert v. a. aus Verbrauchserhöhungen. Trotz intensiver Untersuchungen und Auswertungen konnten noch nicht in



allen Fällen die Ursachen für Verbrauchserhöhungen gefunden werden. Die innerbetrieblichen Kosten erhöhten sich ggü. dem Plan ebenfalls um rd. 41 T€.

Ergebnisverbessernd wirkten sich in dieser Sparte auf der Ertragsseite v. a. die periodenfremden Erträge i. H. v. rd. 150 T€ - hier v. a. durch die ertragswirksame Auflösung eines Verwahrkontos i. H. v. 117 T€ und Guthaben aus Betriebskostenabrechnungen) sowie Erträge aus Schadenersatzansprüchen i. H. v. 31 T€ aus, die grundsätzlich nicht planbar sind.

Auf der Aufwandsseite hat insbesondere die v. a. witterungsbedingte Entwicklung der Kosten für Fernwärme, Gas und flüssige Brennstoffe (insgesamt - 47 T€), die Verringerung der Kosten für externe Hausmeisterleistungen (- 47 T€) sowie der Reinigungskosten (- 60 T€) zur Ergebnisverbesserung beigetragen. Darüber hinaus sind auch die Personalaufwendungen um rd. 58 T€ hinter dem Plan zurückgeblieben. Dies liegt insbesondere in der Nichtbesetzung von 1,5 Hausmeisterstellen sowie in Langzeiterkrankungen begründet.

### **3.8. Fuhrparkmanagement**

Das Sachgebiet Fuhrparkmanagement hat das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis von 43 T€ (Plan: 100 T€) abgeschlossen. Zu dem – ggü. dem Plan – deutlich geringeren Ergebnis haben insbesondere der Rückgang der innerbetrieblichen Erträge um rd. 126 T€ sowie Anstiege der Kfz-Reparaturaufwendungen (+ 4 T€), des Reparaturmaterials (+ 4 T€), der innerbetrieblichen Kosten (+ 12 T€; hier v. a. für Fahrzeugreparaturen) und der periodenfremden Aufwendungen (+ 3 T€; hier: Nachberechnung der Kfz-Versicherung für 2016) geführt.

Dementgegen wirkten sich v. a. höhere Umsatzerlöse (+ 17 T€), Erlöse aus Schadenersatzleistungen (9 T€) und Erlöse aus der Auflösung von Zuschüssen (4 T€) sowie Rückgänge bei den Personalaufwendungen (- 31 T€; Einsparung infolge der Zusammenlegung von Bauhof und Fuhrpark), Abschreibungen (- 11 T€) und bei den Kosten für Kfz-Versicherung (- 6 T€) ergebnisverbessernd aus.

Im Bestand des Fuhrparkes befindet sich immer noch ein großer Teil überalterter Technik. Im Geschäftsjahr wurden deshalb 70 T€ in neue Fahrzeuge investiert. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Investitionen haben sich insgesamt positiv auf das Ergebnis der Sparte ausgewirkt. Jedoch müssten pro Jahr deutlich höhere Investitionen in den Fuhrpark vorgenommen werden, um die Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen dauerhaft und nachhaltig senken und die Ausfallzeiten verringern zu können.

So war bspw. in 2017 die Anschaffung eines neuen Unimog für den Winterdienst bzw. für Verkehrssicherungsmaßnahmen im Straßengrün eingeplant. Die Anschaffung konnte jedoch letztlich nicht realisiert werden, da dies aufgrund der unerwartet hohen Anschaffungskosten nicht aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand zu leisten war. Dies hat zum Einen zur Verringerung der Abschreibungen ggü. dem Plan geführt, gleichzeitig sind aber auch die Instandhaltungs- und Reparaturkosten für das Altfahrzeug weiter gestiegen. Weiterhin hat die durchgeführte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ergeben, dass die Leasingvariante die etwas günstigere darstellt und somit ggü. dem Fahrzeugkauf zu bevorzugen ist. Auf dieser Grundlage wurde im Jahr 2018 die Anschaffung des Fahrzeuges über Leasing realisiert.

### **3.9. Finanzanlagen**

Planungsseitig wurde in der gesondert ausgewiesenen Kostenstelle Finanzanlagen von einem Überschuss als Finanzierungsbeitrag für den Regiebetrieb von 55 T€ ausgegangen. Dabei wurde von einer Gewinnausschüttung der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG für die KEBT-Aktien von 85 T€ sowie den entsprechenden Aufwendungen für die Zinsen aus der Finanzierung der KEBT-Aktien von 26,2 T€ ausgegangen.

Im Ist wurde sowohl der geplante Ertrag vereinnahmt als auch der geplante Zinsaufwand realisiert, so dass in diesem Geschäftsfeld der geplante Gewinn von 55 T€ auch im Ist ausgewiesen werden kann.

### **3.10. Flüchtlingsunterbringung**

Diesbezüglich wird auch auf die Ausführungen zur Thematik Flüchtlingsunterbringung unter Punkt 3. – Weitere Angaben zur wirtschaftlichen Lage des optimierten Regiebetriebes – verwiesen.

Der Bereich schließt mit einem Defizit in Höhe von 102,8 T€ ab. Dabei standen den entstandenen Aufwendungen in Höhe von rd. 429,3 T€ Erträge in Höhe von 326,5 T€ gegenüber. Geplant war für diesen Bereich ein ausgeglichenes Ergebnis. Hintergrund für das Defizit der Sparte ist insbesondere, dass Forderungen



gegen die Stadt Eisenach aus der Flüchtlingsunterbringung aus den Jahren 2015 und 2016 zu 50 % wertberichtigt wurden, da zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar ist, dass die Zahlung der offenen Forderungen tatsächlich erfolgen wird. Hierdurch entstanden ungeplante Aufwendungen aus Einzelwertberichtigungen i. H. v. 101,3 T€.

#### **4. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung**

Künftig ist es weiterhin unverändert wichtig, die Kostenrechnung als Instrument der Wirtschaftlichkeitskontrolle zu nutzen und das Verständnis der Abteilungs- und Sachgebietsleiter hierfür weiter zu entwickeln. Alle Abteilungen sind gehalten, die Kostenrechnung monatlich als Informationsquelle ihres wirtschaftlichen Ergebnisses auszuwerten und gegebenenfalls durch geeignete Maßnahmen gegenzusteuern.

Mit der Bündelung der gewerblichen Aufgaben der Stadt Eisenach im optimierten Regiebetrieb wurden die Möglichkeiten der Generierung neuer Synergieeffekte geschaffen, worin die Betriebsleitung auch die Chancen der weiteren Entwicklung sieht.

Finanziert wird der Regiebetrieb hauptsächlich durch Budgetzahlungen der Stadt Eisenach. Die Umsatzerlöse entfallen 2017 mit 80% auf diese Budgetzahlungen. Damit zeigt sich die unmittelbare Abhängigkeit von deren Haushaltslage.

Die 20% außerhalb des Budgets realisierten Umsatzerlöse resultieren vor allem aus der Friedhofs-, Parkraum- und Parkhausbewirtschaftung sowie der Vermietung und Verpachtung. Eine nennenswerte Steigerung der Erträge wird hier zukünftig nicht zu erwarten sein, da die vorhandenen Potenziale nahezu ausgeschöpft sind.

Nicht zufriedenstellend ist - wie in der Vergangenheit schon mehrfach erwähnt - der bauliche Zustand eines großen Teils der Gebäude (besonders der Schulen und Turnhallen), der Gemeindestraßen und besonders der Brücken. Hier besteht ein beträchtlicher Investitionsstau, welcher in der Folge zu einem höheren Reparaturaufwand und höheren Bewirtschaftungskosten führt.

Auch die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltsplanes für das Jahr 2018 gestaltete sich - analog der Vorjahre - wiederum äußerst schwierig. Der Haushalt konnte wiederum nur durch Einplanung einer Bedarfszuweisung in Höhe von 10,88 Mio. € ausgeglichen werden. Die Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2018 erfolgte in der Stadtratssitzung am 13.03.2018. Mit Bescheid vom 18.07.2018 wurde der Stadt Eisenach eine Bedarfszuweisung in Höhe von 7,50 Mio. € gewährt, so dass sich gegenüber dem im Januar beschlossenen Haushalt eine Mindereinnahme von rd. 3,38 Mio. € ergibt. Die Mindereinnahme machte den Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre in gleicher Höhe erforderlich, die durch den Haupt- und Finanzausschuss am 31.07.2018 beschlossen wurde.

In den Planungen für den Regiebetrieb wurde in Abstimmung mit der Stadt Eisenach von einer Steigerung der Budgetzuweisungen gegenüber dem Ist 2017 um 716 T€ auf 13.256 T€ im Folgejahr ausgegangen. Der Budgetansatz deckt die anfallenden Kosten jedoch nach wie vor nicht vollumfänglich ab. Stattdessen weist der Wirtschaftsplan 2018 ein beträchtliches Defizit in Höhe von 737 T€ aus. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Wirtschaftsplan nur die zwingend notwendigen Maßnahmen und Aufwendungen, nicht jedoch den tatsächlichen Bedarf, abbildet. Legt man den tatsächlichen Bedarf, v. a. beim Personal und bei den notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen, zugrunde, wären der Verlust – und damit der Finanzierungsbedarf aus dem städtischen Haushalt – um ein Vielfaches größer.

#### **5. Voraussichtliche Entwicklung des optimierten Regiebetriebes**

Zur weiteren Optimierung der Aufgabenerfüllung der Stadt Eisenach wurde im Jahr 2014 im Auftrag des Freistaates Thüringen durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein Gutachten erstellt, in dem auch die Arbeitsweise der städtischen Beteiligungen und des optimierten Regiebetriebes untersucht wurde. Die Empfehlungen der KPMG aus diesem Gutachten wurden in der Zwischenzeit weitestgehend durch das Amt für Tiefbau und Grünflächen auf deren praktische Umsetzbarkeit hin überprüft.

Einige der Empfehlungen aus dem Gutachten wurden inzwischen vollständig oder teilweise umgesetzt. So wurden die Sachgebiete Bauhof und Fuhrpark zu einer Organisationseinheit mit entsprechenden strukturellen Anpassungen zusammengefasst, wodurch letztlich eine Stelle eingespart werden konnte.

Auch die Empfehlungen, gezielte Auftragsvergaben zur Reduzierung des Kommunaltechnikbestandes durchzuführen und bewirtschaftete Wohnungen an die SWG zu veräußern, wurden teilweise bereits realisiert bzw. werden nach und nach geprüft und umgesetzt.



Eine Neubesetzung von Stellen ausgeschiedener Mitarbeiter erfolgt in der Regel nur dort, wo dies zwingend erforderlich und unabweisbar ist. Dies wird auch an der seit Jahren sinkenden Mitarbeiterzahl des Betriebes deutlich. Allerdings ergeben sich hierdurch, wie an anderer Stelle bereits dargestellt, immer mehr Engpässe bei der Auftragserfüllung, da auch eine Vergabe von Leistungen an Externe nicht immer zum Erfolg bzw. zur gewünschten Qualität führt. Hinzu kommt, dass auch eine Vergabe an Externe nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand (Vorbereitung, Vergabeverfahren, etc.) verursacht, der aufgrund der angespannten Personalsituation oftmals nicht mehr geleistet werden kann.

Damit wurden das Gutachten und die daraus resultierenden Empfehlungen der KPMG so weit wie möglich geprüft und abgearbeitet. Weitere Möglichkeiten der Optimierung der Aufgabenerfüllung werden seitens der Amtsleitung in Abstimmung mit den jeweiligen Fachbereichen im Rahmen der personellen und materiellen Ressourcen laufend geprüft und – soweit möglich – umgesetzt. Voraussichtlich ab dem IV. Quartal 2018 ist eine externe Untersuchung zur Optimierung der Bereiche Grünflächen und Friedhof vorgesehen. Die entsprechende Auftragsvergabe ist bereits erfolgt.

Darüber hinaus wird die Arbeits- und Ablauforganisation des optimierten Regiebetriebes regelmäßig auf Optimierungspotenziale hin untersucht. Um diese Prozesse besser steuern und bündeln sowie die Amtsleitung entlasten zu können, wurde im Jahr 2018 die Stelle der Assistenz der Amtsleitung neu installiert. Der Regiebetrieb ist sowohl vom Personalbestand (rd. 1/5 der Gesamtverwaltung) als auch von der Aufgabenvielfalt das größte Amt der Stadtverwaltung. Die Koordinierung der vielfältigen Aufgaben, die zum überwiegenden Teil Außenwirkung erzielen, sind vom Leiter des Amtes nicht allein zu bewältigen – insbesondere auch aus dem Grund, da dieser parallel seit mehr als zwei Jahren die kommissarische Leitung der Abteilung Infrastrukturmanagement mit 62,5 zugeordneten Stellen und die Sachgebietsleitung für den Friedhof wahrnimmt. Die Fachaufgaben werden selbstverständlich von den einzelnen Bereichen wahrgenommen. Jedoch besteht eine Vielzahl von organisatorischen Aufgaben, die durch die Assistenz bearbeitet bzw. für den Amtsleiter vorbereitet werden.

## **6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Der Regiebetrieb unterliegt dem Ausfallrisiko. Das ist das Risiko, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen im Rahmen eines Finanzinstruments oder Kundenrahmenvertrags nicht oder nicht korrekt nachkommt und dies zu einem finanziellen Verlust führt. Der Regiebetrieb ist im Rahmen seiner operativen Geschäftstätigkeit Kreditrisiken (insbesondere ergeben sich Risiken aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Darlehen) ausgesetzt.

Ausstehende Forderungen gegen Kunden werden regelmäßig überwacht und etwaige überfällige Zahlungen umgehend angemahnt.

Der Wertberichtigungsbedarf wird zu jedem Berichtsstichtag für die wesentlichen Kunden auf Einzelbasis analysiert.

Ein Ausfallrisiko aus Guthaben bei Banken und Finanzinstituten besteht aufgrund der Einbeziehung in das zentrale Cash-Management der Stadt Eisenach nicht.

Der Regiebetrieb überwacht das Risiko eines etwaigen Liquiditätsengpasses mittels Liquiditätsplanung.

Aus den Darlehen bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 506 T€ mit einer Restlaufzeit von über fünf Jahren.

Alle sonstigen Verbindlichkeiten haben i. d. R. eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Eisenach, im Oktober 2018

  
Katja Wolf  
Oberbürgermeisterin